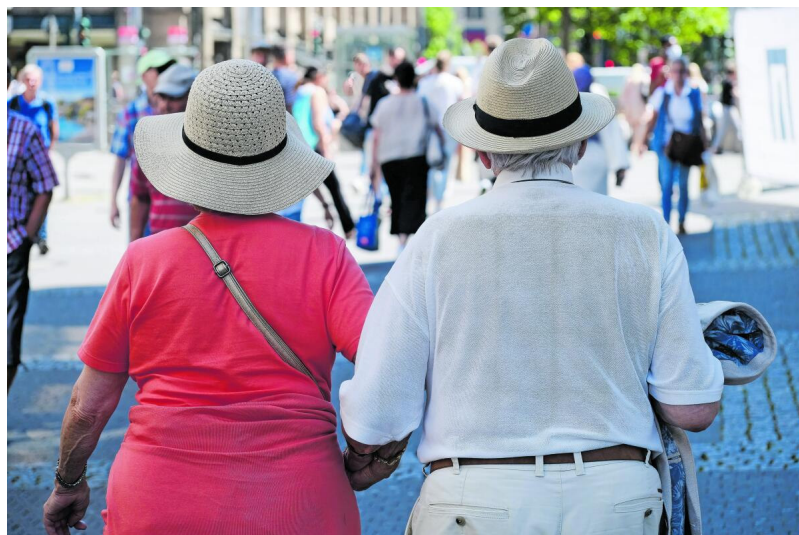


Seniorenbeirat und Volkssolidarität fordern mehr Hitzeschutz



Senioren sollen besser vor Hitze geschützt werden. Foto: IMAGO/Michael Gstettenbauer

Der Seniorenbeirat der Stadt und der Landesverband der Volkssolidarität fordern einen besseren Hitzeschutz für ältere Menschen und pflegebedürftige Personen. Für besonders gefährdete Menschen brauche es entschlossener Maßnahmen, sagen sie.

Hitze sei längst kein Ausnahmeereignis mehr, sondern eine zunehmende Herausforderung für Pflege, Kinderbetreuung und soziale Einrichtungen, heißt es in einer gemeinsamen Mitteilung.

Besonders betroffen seien Senioren, Menschen mit einer chronischen Erkrankung und Kinder. Gleichzeitig würden Beschäftigte in der ambulanten und stationären Pflege, in Einrichtungen der Eingliederungshilfe, der Betreuung psychisch erkrankter Menschen sowie in Kitas und Horten an Hitzetagen unter hoher Belastung arbeiten. Doch Pflege und Betreuung müssten auch bei extremen Temperaturen zuverlässig gewährleistet werden.

Seniorenbeirat und Volkssolidarität verweisen auf 10.000 Hitzetote in diesem Jahr in Deutschland. Das Robert-Koch-Institut hatte den

Rekordwert Mitte Juli genannt. Hitzeschutz müsse daher stärker als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden.

„Wer beim Hitzeschutz spart, spart an der Gesundheit der Menschen“, sagt Katharina Slanina, Vorstandsvorsitzende der Volkssolidarität.

„Soziale Einrichtungen brauchen endlich die Unterstützung, die sie für den Schutz besonders gefährdeter Menschen benötigen.“

Der Beirat und die Volkssolidarität fordern von Politik und Verwaltung, notwendige Rahmenbedingungen für wirksamen Hitzeschutz zu schaffen.

„Hitze darf im Alter kein Gesundheitsrisiko werden, nur weil Schatten, Kühlung oder Unterstützung fehlen“, sagt der Seniorenbeiratsvorsitzende Peter Mundt. „Jede Kommune muss sichere Rückzugsorte schaffen und den Zugang zu kostenlosem Trinkwasser sicherstellen – etwa durch mobile Trinkbrunnen oder öffentliche Trinkwasserstationen.“

Bund, Länder und Kommunen müssten Hitzeschutz dauerhaft als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge verankern und entsprechend finanzieren.

In der Landeshauptstadt gibt es erst zwei öffentliche Trinkbrunnen: am Hauptbahnhof und in Babelsberg. Ein weiterer Brunnen ist am Steubenplatz geplant. *(kdg)*

Der link ist gültig bis 06.08.2026, 21:24